

D. 93 — 2084

[S-C — 33071]

**7. MAI 1993. — Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft
zur Bezuschussung der Infrastrukturausgaben von Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung
und von beschützenden Werkstätten**

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. und 18. Juli 1990;

Aufgrund des Gesetzes vom 18. April 1983 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten, insbesondere des Artikels 23, Abschnitt 2;

Aufgrund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge, insbesondere des Artikels 32;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1983 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten, insbesondere des Artikels 80, Abschnitt 3;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 23. Dezember 1970 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen für Einrichtungen, Heime und Dienste zur Familienunterbringung von Behinderten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. Januar 1971 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen für Heime für Kurzaufenthalte von Behinderten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 2. Juli 1973 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen für Tagesstätten für volljährige arbeitsunfähige Behinderte;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 5. September 1978 zur Festlegung der Kriterien zur Bewilligung von Zuschüssen für die Schaffung, Vergrößerung und Ausstattung von Beschützenden Werkstätten, insbesondere der Artikel 3, § 1, 5, § 1 und 12;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß es unbedingt erforderlich ist, einheitliche Richtlinien der Bezuschussung von Einrichtungen für Personen mit Behinderung zu schaffen;

In Erwägung der Tatsache, daß der Bedarf an Aufnahme-, Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft weder für minder- noch für volljährige behinderte Menschen vollständig abgedeckt ist;

In Erwägung der Tatsache, daß die Preisentwicklung eine dringende Revision der für die Bezuschussung in den Beschützenden Werkstätten berücksichtigten Höchstkostensätze erforderlich macht und für anstehende Ausbauprojekte ein höherer Bezuschussungssatz notwendig ist;

Aufgrund des günstigen Gutachtens der Finanzinspektion vom 28. April 1993;

Aufgrund des Einverständnisses des Vorsitzenden, zuständig für den Haushalt, vom 28. April 1993;

Aufgrund der Vorschläge des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge vom 29. Januar 1993;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

Beschließt :

KAPITEL I. — Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung

Artikel 1. Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge, im weiteren Verlauf « die Dienststelle » genannt, Zuschüsse für den Ankauf, Bau, Um- und Ausbau, sowie die Einrichtung und Ausrüstung von Einrichtungen für Personen mit Behinderung gewähren.

Art. 2. Die Höhe des Zuschusses beträgt 80 % der Kosten für die gemäß Artikel 1 in Betracht zu ziehenden Ankäufe, Arbeiten und Lieferungen.

Art. 3. § 1. Die für die Bezuschussung berücksichtigten Kosten sind durch folgende Höchstsätze begrenzt :

1° 1 250 000 F pro Bett für Wohnheime, die geistig behinderte, sehbehinderte, hörbehinderte und durch Krankheit beeinträchtigte Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre aufnehmen;

2° 1.450 000 F pro Bett für Wohnheime, die körperlich behinderte Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre aufnehmen;

3° 1.450 000 F pro Bett für Wohnheime und Heime, die volljährige geistig behinderte, sehbehinderte, hörbehinderte und durch Krankheit beeinträchtigte Personen aufnehmen;

4° 2 200 000 F pro Bett für Wohnheime und Heime, die volljährige körperlich behinderte Personen aufnehmen;

5° 850 000 F pro Kind für Tagesstätten, die geistig behinderte, sehbehinderte, hörbehinderte und durch Krankheit beeinträchtigte Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre aufnehmen;

6° 1.150 000 F pro Kind für Tagesstätten, die körperlich behinderte Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre aufnehmen;

7° 1.150 000 F pro Person mit Behinderung für Tagesstätten, die volljährige geistig behinderte, sehbehinderte, hörbehinderte, durch Krankheit beeinträchtigte und körperlich behinderte Personen aufnehmen;

8° 1 250 000 F pro Bett für Pflegeheime für Kurzaufenthalte, die geistig behinderte, sehbehinderte, hörbehinderte und durch Krankheit beeinträchtigte Kinder, Jugendliche und Erwachsene aufnehmen;

9° 1 450 000 F pro Bett für Pflegeheime für Kurzaufenthalte, die körperlich behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene aufnehmen;

10° 1 150 000 F pro Kind für die Frühhilfzentren, die behinderte und entwicklungsverzögerte Kinder und deren Familien betreuen;

11° 600 000 F für die aus der Einrichtung von rollstuhlgerechten integrierten Mietwohnungen entstandenen besonderen Kosten, wenn diese Projekte von der öffentlichen Hand oder von sozialen Wohnungsbaugesellschaften oder einer V.o.E. mit vergleichbarer Zielsetzung verwirklicht werden.

§ 2. Zusätzlich zu den in § 1 festgelegten Höchstsätzen werden folgende Kosten für die Bezuschussung berücksichtigt :

- die Mehrwertsteuer;
- 5 % Allgemeynkosten;
- 2 % für die Baustellenversicherung;
- die vertraglich festgelegten Preisrevisionen.

§ 3. Die in § 1 festgelegten Höchstsätze werden aufgrund nachfolgender Formel jährlich aktualisiert :

$$p = P \left(0,40 \frac{s}{S} + 0,40 \frac{i}{I} + 0,20 \right)$$

In dieser Formel :

- entspricht p dem Betrag der genehmigten Ausgabe zum Zeitpunkt der Einreichung der Submissionen oder der Angebote;
- entspricht P dem am 1. Januar 1993 aktualisierten Betrag der genehmigten Ausgabe p;
- entsprechen s und S den offiziellen Löhnen im Bausektor für die Kategorie A, Zone I, die zehn Tage vor Einreichung der Submissionen oder der Angebote bzw. am 1. Januar 1993 anwendbar waren;
- entsprechen i und I dem Bauindex (öffentliche Arbeiten) für den Monat der Einreichung der Submissionen oder der Angebote bzw. für den Monat Januar 1993.

Art. 4. Die Zuschüsse werden unter folgenden Bedingungen gewährt :

- a) das Vorprojekt muß von der Dienststelle genehmigt werden;
- b) dem Antrag bezüglich des definitiven Projektes müssen alle nützlichen Unterlagen und Erläuterungen beigelegt werden, insbesondere :
 - eine Beschreibung der Arbeiten mit den dazugehörigen Plänen;
 - ein detaillierter Finanzierungsplan;
 - falls die in Artikel 3 beschriebenen Kosten über 1 000 000 F liegen, ein Lastenheft mit einer präzisen Kostenschätzung des Bauamtes der Gemeinde oder eines Architekten und das Protokoll über die Eröffnung der Angebote (mindestens fünf Anbieter);
 - falls die in Artikel 3 beschriebenen Kosten zwischen 100 000 F und 1 000 000 F liegen, drei Kostenvoranschläge und für Arbeiten unter 100 000 F ein Kostenvoranschlag;
 - gegebenenfalls eine Abschrift der Baugenehmigung;
 - der Eigentumsnachweis bzw. ein Pachtvertrag mit dreiunddreißigjähriger Laufzeit ab Antragstellung, wobei der Verpächter eine öffentliche Behörde sein muß;
 - die Einschätzung des Enehmers des Einregistrierungsamtes oder des Erwerbskomitees beim Ankauf von Immobilien;
 - der Brandschutzbericht;
 - eine Kopie der im belgischen Staatsblatt veröffentlichten Statuten des Projektträgers;
 - den Nachweis einer abgeschlossenen Baustellenversicherung mit Zehnjahresgarantie und Rechtsschutz.
- c) Der Antragsteller ist dazu verpflichtet :
 - die vorgeschriebenen Normen für die Einrichtungen zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Personen mit Behinderung einzuhalten;
 - die Gebäude und ihre Ausstattung ununterbrochen zum vollen Wert gegen Brand, Blitz, Explosions- und Stromschäden zu versichern;
 - die Zweckbestimmung der Einrichtung nicht ohne vorherige Genehmigung der Dienststelle zu ändern;
 - bei der Angebotseröffnung einen Beamten der Dienststelle als Beobachter zuzulassen;
 - den Zuschußbetrag, gegebenenfalls zuzüglich 80 % des erzielten Mehrwertes, verhältnismäßig zurückzuerstatten, falls das Gebäude innerhalb von zwanzig Jahren nach der Zuschußerteilung zu einem anderen Zweck verwendet wird.

KAPITEL II. — Beschützende Werkstätten

Art. 5. Der in Artikel 3, § 1, Absatz 1 des Ministeriellen Erlasses vom 5. September 1978 zur Festlegung der Kriterien zur Bewilligung von Zuschüssen für die Schaffung, Vergrößerung und Ausrüstung von Beschützenden Werkstätten festgelegte Bezuschussungssatz beträgt vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1994 80 % für jeden in diesem Zeitraum genehmigten Antrag betreffend die in Artikel 2, § 1, 1^o definierten Ankäufe, Arbeiten und Mieten.

Art. 6. Artikel 5, § 1, 2^o, a) und b) desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmungen ersetzt :

- a) Die für die Bezuschussung berücksichtigten Kosten sind auf 15 000 F/m² begrenzt; für Büro-, Sanitär-, Therapie- und Aufenthaltsräume beträgt der Höchstsatz jedoch 35 000 F/m².
- b) Zusätzlich zu den unter a) festgelegten Höchstsätzen werden folgende Kosten für die Bezuschussung berücksichtigt :

- Mehrwertsteuer;
- 5 % Allgemeynkosten;
- 2 % für die Baustellenversicherung;
- die vertraglich festgelegten Preisrevisionen.

Die Höchstsätze werden jährlich aufgrund nachfolgender Formel aktualisiert :

$$p = P \left(0,40 \frac{s}{S} + 0,40 \frac{i}{I} + 0,20 \right)$$

In dieser Formel :

- entspricht p dem Betrag der genehmigten Ausgabe zum Zeitpunkt der Einreichung der Submissionen oder der Angebote;
- entspricht P dem am 1. Januar 1993 aktualisierten Betrag der genehmigten Ausgabe p;

- entsprechen s und S den offiziellen Löhnen im Bausektor für die Kategorie A, Zone 1, die zehn Tage vor Einreichung der Submissionen oder der Angebote bzw. am 1. Januar 1993 anwendbar waren;
- entsprechen i und I dem Bauindex (öffentliche Arbeiten) für den Monat der Einreichung der Submissionen oder der Angebote bzw. für den Monat Januar 1993. »

Art. 7. Artikel 12 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmungen ergänzt :

- « 12. eine Kopie der Baustellenversicherung mit Zehnjahresgarantie und Rechtsschutz. »

KAPITEL III. — Aufhebungs-, Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 8. Der Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. November 1988 zur Festlegung des Zuschußsatzes und der Bedingungen, zu denen Gemeinden und Vereinigungen ohne Erwerbszweck Zuschüsse für den Ankauf, den Bau, Um- und Ausbau, die Einrichtung und die Ausrüstung von Sondereinrichtungen für Behinderte gewährt werden, ist aufgehoben.

Art. 9. Der Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. November 1988 zur Festlegung des Zuschußsatzes und der Bedingungen, zu denen Gemeinden und Vereinigungen ohne Erwerbszweck Zuschüsse für den Ankauf, den Bau, Um- und Ausbau, die Einrichtung und die Ausrüstung von Frühhilfzentren für behinderte Kleinkinder gewährt werden, ist aufgehoben.

Art. 10. Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses gelten ebenfalls für die Teilprojekte, die vor dem 1. Januar 1993 noch nicht abgeschlossen waren.

Art. 11. Vorliegender Erlaß wird wirksam am 1. Januar 1993.

Art. 12. Der Gemeinschaftsminister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 7. Mai 1993.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Vorsitzende,

Gemeinschaftsminister für Finanzen, Gesundheit und Familie, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Medien, Erwachsenenbildung,
Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,
K. H. LAMBERTZ

TRADUCTION

F. 93 — 2084

[S-C — 33071]

7 MAI 1993. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone portant subventionnement des dépenses d'infrastructure faites par les établissements pour personnes handicapées et par les ateliers protégés

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 et 18 juillet 1990;

Vu la loi du 16 avril 1963 relative au reclassement social des handicapés, notamment l'article 23, 2e alinéa;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », notamment l'article 32;

Vu l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés, notamment l'article 80, 3e alinéa;

Vu l'arrêté royal du 23 décembre 1970 fixant les conditions d'agrégation des établissements, des homes et des services de placements familiaux pour handicapés;

Vu l'arrêté royal du 25 janvier 1971 fixant les conditions d'agrégation des homes de court séjour pour handicapés;

Vu l'arrêté royal du 2 juillet 1973 fixant les conditions d'agrégation des centres de jour pour handicapés adultes non travailleurs;

Vu l'arrêté ministériel du 5 septembre 1978 fixant les critères d'octroi de subsides pour la création, l'agrandissement ou l'aménagement d'ateliers protégés, notamment les articles 3, § 1, 5, § 1 et 12;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est impératif de créer des directives homogènes en matière de subventionnement d'établissements pour personnes handicapées;

Considérant que le besoin en possibilités d'accueil, d'hébergement et d'accompagnement de personnes handicapées, tant mineures que majeures, n'est pas entièrement couvert en Communauté germanophone;

Considérant que l'évolution des prix rend nécessaire la révision d'urgence des taux retenus pour le subventionnement des ateliers protégés et qu'un taux de subventionnement supérieur est nécessaire pour les projets d'agrandissement non encore réalisés;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances, donné le 26 avril 1993;

Vu l'accord du Président, compétent en matière de Budget, donné le 28 avril 1993;

Vu les propositions émises par le conseil d'administration du « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » en date du 29 janvier 1993;

Sur la proposition du Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

Arrête :

CHAPITRE I. — Etablissements pour personnes handicapées

Article 1er. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le « Dienststelle für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », ci-après dénommé « Office » peut octroyer des subsides pour l'achat, la construction, la transformation et l'agrandissement ainsi que pour l'aménagement et l'équipement d'établissements pour personnes handicapées.

Art. 2. Le montant du subside est de 80 % du coût des achats, travaux et fournitures à prendre en compte conformément à l'article 1er.

Art. 3. § 1er. Les coûts pris en considération pour le subventionnement sont plafonnés comme suit :

- 1° 1 250 000 F par lit pour les maisons d'hébergement accueillant des enfants et jeunes jusqu'à 18 ans qui sont atteints de troubles mentaux, visuels et auditifs et qui sont malades;
- 2° 1 450 000 F par lit pour les maisons d'hébergement accueillant des enfants et des jeunes jusqu'à 18 ans qui sont atteints de troubles moteurs;
- 3° 1 450 000 F par lit pour les maisons d'hébergement et les homes accueillant des adultes qui sont atteints de troubles mentaux, visuels et auditifs et qui sont malades;
- 4° 2 200 000 F par lit pour les maisons d'hébergement et les homes accueillant des adultes qui sont atteints de troubles moteurs;
- 5° 850 000 F par enfant pour les centres de jour accueillant des enfants et jeunes jusqu'à 18 ans qui sont atteints de troubles mentaux, visuels et auditifs et qui sont malades;
- 6° 1 150 000 F par enfant pour les centres de jour accueillant des enfants et des jeunes jusqu'à 18 ans qui sont atteints de troubles moteurs;
- 7° 1 150 000 F par personne pour les centres de jour accueillant des adultes qui sont atteints de troubles mentaux, visuels, auditifs et moteurs et qui sont malades;
- 8° 1 250 000 F par lit pour les homes de soins de court séjour accueillant des enfants, des jeunes et des adultes qui sont atteints de troubles mentaux, visuels et auditifs et qui sont malades;
- 9° 1 450 000 F par lit pour les homes de soins de court séjour accueillant des enfants, des jeunes et des adultes qui sont atteints de troubles moteurs;
- 10° 1 150 000 F par enfant pour les centres de dépistage précoce accompagnant les enfants handicapés et ayant un retard de développement ainsi que leurs familles;
- 11° 600 000 F pour les coûts particuliers résultant de l'aménagement de maisons à louer intégrées, accessibles en voiturette, lorsque ces projets sont réalisés par les pouvoirs publics, des sociétés de logement social ou une asbl ayant un objet similaire.

§ 2. Sont également pris en compte pour le subventionnement, outre les plafonds fixés au § 1 :

- la T.V.A.;
- 5 % de frais généraux;
- 2 % de l'assurance chantier;
- les révisions de prix fixées par contrat.

§ 3. Les plafonds fixés au § 1 sont actualisés annuellement sur la base de la formule suivante :

$$p = P \left(0,40 \frac{S}{S} + 0,40 \frac{i}{I} + 0,20 \right)$$

Dans cette formule :

p correspond au montant des dépenses approuvées au moment de l'introduction des soumissions ou des offres;

P correspond au montant actualisé au 1.1.1993 des dépenses approuvées p;

s et S correspondent aux salaires officiels dans la construction pour la catégorie A, zone 1 applicables respectivement 10 jours avant l'introduction des soumissions ou des offres et au 1.1.1993;

i et I correspondent à l'index de la construction (travaux publics) pour le mois de l'introduction des soumissions ou des offres et pour le mois de janvier 1993.

Art. 4. Les subsides sont octroyés aux conditions suivantes :

a) l'avant-projet doit être approuvé par l'Office;

b) tous les documents et explications utiles doivent être joints à la demande relative au projet définitif, en particulier :

- une description des travaux à l'aide des plans qui s'y rapportent;
- un plan de financement détaillé;
- si le coût décrit à l'article 3 excède 1 000 000 F, un cahier des charges avec une estimation précise des frais établie par le service de l'urbanisme de la commune ou par un architecte et le procès-verbal de l'ouverture des soumissions (au moins cinq soumissionnaires);
- si le coût décrit à l'article 3 se situe entre 100 000 F et 1 000 000 F, trois devis; s'il ne dépasse pas 100 000 F, un devis;
- s'il échet, une copie du permis de bâtir;
- la preuve du titre de propriété ou du bail à ferme de trente-trois ans à partir de la demande, le bailleur devant être une autorité publique;
- s'il s'agit de l'achat d'un immeuble, une estimation du receveur de l'Enregistrement ou du comité d'acquisition;
- le rapport de protection contre l'incendie;
- une copie des statuts publiés au *Moniteur belge* pour les associations sans but lucratif;
- la preuve d'une assurance chantier avec garantie de dix ans et protection juridique.

c) Le demandeur s'engage à :

- respecter les normes prescrites pour les établissements qui accueillent, hébergent ou soignent des personnes handicapées;

- assurer les immeubles et leur équipement de manière constante et pour leur valeur totale contre les sinistres provoqués par l'incendie, la foudre, les explosions et l'électricité;
- ne pas modifier l'affectation de l'établissement sans l'autorisation préalable de l'Exécutif;
- admettre la présence d'un fonctionnaire de l'Office en tant qu'observateur lors de l'ouverture des soumissions;
- rembourser proportionnellement le montant du subside éventuellement majoré de 80 % de la plus-value réalisée, si la destination de l'immeuble est modifiée dans les 20 ans qui suivent l'octroi du subside.

CHAPITRE II. — *Les ateliers protégés*

Art. 5. Le taux de subventionnement fixé à l'article 3, § 1, alinéa 1 de l'arrêté ministériel du 5 septembre 1978 fixant les critères d'octroi de subsides pour la création, l'agrandissement ou l'aménagement d'ateliers protégés est de 80 % durant la période allant du 1^{er} janvier 1993 au 31 décembre 1994 pour toute demande approuvée pendant cette période et relative aux achats, travaux et locations définis à l'article 2, § 1, 1^o.

Art. 6. L'article 5, § 1, 2, a) et b) du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« a) les coûts pris en compte pour le subventionnement sont plafonnés à 15 000 F/m²; pour les bureaux, locaux sanitaires, de thérapie et d'accueil, le taux plafond est toutefois de 35 000 F/m².

b) outre les taux plafonds fixés au a), les coûts suivants sont pris en compte pour le subventionnement :

- la T.V.A.;
- 5 % de frais généraux;
- 2 % de l'assurance chantier;
- les révisions de prix fixées par contrat.

Les plafonds sont actualisés annuellement sur la base de la formule suivante :

$$p = P \left(0,40 \frac{s}{S} + 0,40 \frac{i}{I} + 0,20 \right)$$

Dans cette formule :

p correspond au montant des dépenses approuvées au moment de l'introduction des soumissions ou des offres;

P correspond au montant actualisé au 1.1.1993 des dépenses approuvées p;

correspondent aux salaires officiels dans la construction pour la catégorie A, zone 1 applicables respectivement 10 jours avant l'introduction des soumissions ou des offres et au 1.1.1993;

correspondent à l'index de la construction (travaux publics) pour respectivement le mois de l'introduction des soumissions ou des offres et le mois de janvier 1993.

Art. 7. L'article 12 du même arrêté est complété par la disposition suivante :

« 12 — une copie de l'assurance chantier avec garantie de dix ans et protection juridique. ».

CHAPITRE III. — *Dispositions abrogatoires, transitoires et finales*

Art. 8. L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 16 novembre 1988 déterminant le taux et les conditions d'octroi des subventions allouées aux communes et aux associations sans but lucratif pour l'achat, la construction, la transformation, l'agrandissement, l'aménagement et l'équipement d'établissements spéciaux pour handicapés est abrogé.

Art. 9. L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 16 novembre 1988 déterminant le taux et les conditions d'octroi des subventions allouées aux communes et aux associations sans but lucratif pour l'achat, la construction, la transformation, l'agrandissement, l'aménagement et l'équipement de centres d'aide précoce aux enfants handicapés est abrogé.

Art. 10. Les dispositions du présent arrêté valent également pour les projets partiels qui n'étaient pas encore terminés avant le 1^{er} janvier 1993.

Art. 11. Le présent arrêté produit ses effets au 1^{er} janvier 1993.

Art. 12. Le Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 7 mai 1993.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président,

Ministre communautaire des Finances, de la Santé

et de la Famille, du Sport et du Tourisme,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes,

de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale

et de la Reconversion professionnelle,

K.H. LAMBERTZ

VERTALING

N. 93 — 2084

[S-C — 33071]

7 MEI 1993. — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap tot subsidiëring van infrastructuuruitgaven gemaakt door inrichtingen voor minder-validen en door beschutte werkplaatsen

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 en 18 juli 1990;

Gelet op de wet van 16 april 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen, inzonderheid op artikel 23, tweede lid;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », inzonderheid op artikel 32;

Gelet op het koninklijk besluit van 5 juli 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen, inzonderheid op artikel 80, derde lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 23 december 1970 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van de inrichtingen, tehuizen en diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 januari 1971 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van de tehuizen van kort verblijf ten behoeve van gehandicapten;

Gelet op het koninklijk besluit van 2 juli 1973 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van dagcentra voor meerderjarige niet-werkende gehandicapten;

Gelet op het koninklijk besluit van 5 september 1978 houdende vaststelling van de criteria voor toekenning van de toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van beschutte werkplaatsen, inzonderheid op artikel 3, § 1, 5, § 1, en 12;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het absoluut noodzakelijk is homogene richtlijnen inzake subsidiëring van inrichtingen voor minder-validen vast te stellen;

Overwegende dat in de behoeften aan opname-, herbergings- en verzorgingsmogelijkheden in de Duitstalige Gemeenschap zowel voor minderjarige als voor meerderjarige minder-validen niet volledig is voorzien;

Overwegende dat de prijsontwikkeling een dringende herziening van de voor de subsidiëring van de beschutte werkplaatsen in aanmerking genomen maximale subsidiëringvoeten noodzakelijk maakt, en dat voor vergrotingsprojecten die nog uit te voeren zijn een hogere subsidiëringvoet noodzakelijk is;

Gelet op het gunstig advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 26 april 1993;

Gelet op het akkoord van de Voorzitter, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 28 april 1993;

Gelet op de door de raad van beheer van de « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » op 29 januari 1993 uitgebrachte voorstellen;

Op de voordracht van de Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Inrichtingen voor minder-validen

Artikel 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingskredieten kan de « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », hierna « de Dienst » genoemd, toelagen verlenen voor de aankoop, het bouwen, het ombouwen en het uitbreiden alsmede voor het inrichten en uitrusten van inrichtingen voor minder-validen.

Art. 2. De toelage bedraagt 80 % van de kosten voor de aankopen, werken en leveringen die overeenkomstig artikel 1 in aanmerking moeten worden genomen.

Art. 3. § 1. De voor de subsidiëring in aanmerking genomen kosten worden beperkt tot :

- 1° 1 250 000 F per bed ten gunste van woontehuizen die zieke kinderen en jongeren tot 18 jaar met mentale, gezichts- en gehoorstoornissen opnemen;
- 2° 1 450 000 F per bed ten gunste van woontehuizen die kinderen en jongeren tot 18 jaar met motorische stoornissen opnemen;
- 3° 1 450 000 F per bed ten gunste van woontehuizen en tehuizen die meerderjarige zieke gehandicapten met mentale, gezichts- en gehoorstoornissen opnemen;
- 4° 2.200 000 F per bed ten gunste van woontehuizen en tehuizen die meerderjarige gehandicapten met motorische stoornissen opnemen;
- 5° 850 000 F per kind ten gunste van dagcentra die zieke kinderen en jongeren tot 18 jaar met mentale, gezichts- en gehoorstoornissen opnemen;
- 6° 1 150 000 F per kind ten gunste van dagcentra die kinderen en jongeren tot 18 jaar met motorische stoornissen opnemen;
- 7° 1 150 000 F per gehandicapte ten gunste van dagcentra die meerderjarige zieke gehandicapten met mentale, gezichts- en gehoorstoornissen opnemen;
- 8° 1 250 000 F per bed ten gunste van verzorgingstehuizen voor kort verblijf die kinderen, jongeren en volwassenen met mentale, gezichts- en gehoorstoornissen opnemen;
- 9° 1 450 000 F per bed ten gunste van verzorgingstehuizen voor kort verblijf die kinderen, jongeren en volwassenen met motorische stoornissen opnemen;
- 10° 1 150 000 F per kind ten gunste van centra voor vroege hulpverlening die gehandicapte kinderen met ontwikkelingsstoornissen en hun gezinnen verzorgen; -
- 11° 800 000 F voor de kosten voortvloeiend uit de inrichting van geïntegreerde huurhuizen waartoe men met een rolstoel toegang heeft, indien deze projecten door openbare overheden, maatschappijen voor sociale huisvesting of een v.z.w. met een vergelijkbaar doel verwezenlijkt worden.

§ 2. Naast de in § 1 vastgelegde maximale subsidiëringvoeten worden ook volgende kosten voor de subsidiëring in aanmerking genomen :

- de B.T.W.;
- 5 % algemene onkosten;
- 2 % van de werfverzekering;
- de per verdrag vastgelegde prijsherzieningen.

§ 3 — De in § 1 vastgelegde maximale subsidiëringsvoeten worden jaarlijks geactualiseerd op basis van de volgende formule :

$$p = P \left(0,40 \frac{s}{S} + 0,40 \frac{i}{I} + 0,20 \right)$$

In deze formule

- vertegenwoordigt p het bedrag van de goedgekeurde uitgave op het ogenblik van het indienen van de inschrijvingen of van de offertes;
- vertegenwoordigt P het op 1 januari 1993 geactualiseerd bedrag van de goedgekeurde uitgave p;
- vertegenwoordigen s resp. S de officiële lonen in de bouwsector voor de categorie A, zone 1, die tien dagen voor het indienen van de inschrijvingen of van de offertes resp. op 1 januari 1993 toepasselijk waren;
- vertegenwoordigen i resp. I de bouwindex (openbare werken) voor de maand van het indienen van de inschrijvingen of van de offertes resp. voor de maand januari 1993.

Art. 4. De toelagen worden onder volgende voorwaarden verleend :

- a) het voorontwerp moet door de Executieve zijn goedgekeurd;
- b) bij de aanvraag betreffende het definitieve project moeten alle nodige documenten en uitleggingen gevoegd worden, inzonderheid :
 - een beschrijving van de werken met de ertoe behorende plannen;
 - een omstandig financieringsplan;
 - indien de in artikel 3 beschreven kosten 1 000 000 F overschrijden, een bestek met een nauwkeurige kostenraming van de gemeentelijke stedenbouwdienst of van een architect alsmede het proces-verbaal over de opening van de inschrijvingen (ten minste vijf inschrijvers);
 - indien de in artikel 3 beschreven kosten tussen 100 000 en 1 000 000 F liggen, drie kostenramingen en voor werken onder 100 000 F één kostenraming;
 - zo nodig een afschrift van de bouwvergunning;
 - het eigendomsbewijs of de pachtovereenkomst met een termijn van drieëndertig jaar vanaf de aanvraag, waarbij de verpachter een overheidsinstantie moet zijn;
 - de schatting van de ontvanger van de registratiedienst of van het aanschaffingscomité bij aankoop van onroerende goederen;
 - het rapport over brandbeveiliging;
 - voor de verenigingen zonder winstoogmerk een afschrift van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten;
 - het bewijs van een werfverzekering met tienjarige garantie en juridische bescherming.
- c) De aanvrager is ertoe verplicht :
 - de normen in acht te nemen die m.b.t. inrichtingen voor gehandicapten voorgeschreven zijn;
 - de gebouwen en hun uitrusting op een onafgebroken wijze voor hun volle waarde te verzekeren tegen brand-, bliksem-, ontploffings- en electriciteitsgevaar;
 - de bestemming van de inrichting zonder voorafgaande toelating van de Dienst niet te wijzigen;
 - bij de opening van de inschrijvingen een ambtenaar van de Dienst als waarnemer toe te laten;
 - in geval van vervreemding van de bestemming van het gebouw binnen twintig jaar na verlening van de toelage, het bedrag van die toelage evenredig terug te betalen, eventueel vermeerderd met 80 % van de gerealiseerde meerwaarde.

HOOFDSTUK II. — Beschutte werkplaatsen

Art. 5. De in artikel 3, § 1, eerste lid van het koninklijk besluit van 5 september 1978 houdende vaststelling van de criteria voor toekenning van de toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van beschutte werkplaatsen vastgelegde subsidiëringsvoet bedraagt tussen 1 januari 1993 en 31 december 1994 80 % voor elke aanvraag betreffende de in artikel 2, § 1, 1^o gedefinieerde aankopen, werken en huurprijzen die binnen deze periode goedgekeurd wordt.

Art. 6. Artikel 5, § 1, 2, a) en b) van hetzelfde besluit wordt door volgende bepaling vervangen :

- a) De voor de subsidiëring in aanmerking genomen kosten worden tot 15 000 F/m² beperkt; voor bureaus, therapie- en opvangruimten bedraagt echter de subsidiëringsvoet 35 000 F/m².
- b) naast de maximale subsidiëringsvoeten bepaald onder a) worden ook volgende kosten in aanmerking genomen voor de subsidiëring :

- de B.T.W.;
- 5 % algemene onkosten;
- 2 % van de werfverzekering;
- de per verdrag vastgelegde prijsherzieningen.

De maximale subsidiëringsvoeten worden jaarlijks geactualiseerd op basis van de volgende formule :

$$p = P \left(0,40 \frac{s}{S} + 0,40 \frac{i}{I} + 0,20 \right)$$

In deze formule :

- vertegenwoordigt p het bedrag van de goedgekeurde uitgave op het ogenblik van het indienen van de inschrijvingen of van de offertes;
- vertegenwoordigt P het op 1 januari 1993 geactualiseerd bedrag van de goedgekeurde uitgave p;
- vertegenwoordigen s resp. S de officiële lonen in de bouwsector voor de categorie A, zone 1, die tien dagen voor het indienen van de inschrijvingen of van de offertes resp. op 1 januari 1993 toepasselijk waren;
- vertegenwoordigen i resp. I de bouwindex (openbare werken) voor de maand van het indienen van de inschrijvingen of van de offertes resp. voor de maand januari 1993.

Art. 7. Artikel 12 van hetzelfde besluit wordt door volgende bepaling aangevuld :

- a) 12^o een afschrift van de werfverzekering met tienjarige garantie en juridische bescherming.

HOOFDSTUK III. — *Opheffings-, overgangs- en slotbepalingen*

Art. 8. Het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 16 november 1988 tot vaststelling van het percentage en de toekenningsvoorwaarden van subsidies aan de gemeenten en verenigingen zonder winstoogmerk voor de aankoop, het bouwen, ombouwen, uitbreiden, inrichten en uitrusten van speciale inrichtingen voor gehandicapten is opgeheven.

Art. 9. Het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 16 november 1988 tot vaststelling van het percentage en de toekenningsvoorwaarden van subsidies aan de gemeenten en verenigingen zonder winstoogmerk voor de aankoop, het bouwen, ombouwen, uitbreiden, inrichten en uitrusten van centra voor vroege hulpverlening aan gehandicapte kleine kinderen is opgeheven.

Art. 10. De bepalingen van dit besluit gelden ook voor gedeeltelijke projecten die voor 1 januari 1993 nog niet beëindigd waren.

Art. 11. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 1993.

Art. 12. De Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 7 mei 1993.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter,

Gemeenschapsminister van Financiën, Gezondheid en Gezin, Sport en Toerisme,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming,

Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

K.H. LAMBERTZ

AUTRES ARRETES — ANDERE BESLUITEN

MINISTERE DE LA SANTE PUBLIQUE
ET DE L'ENVIRONNEMENT

Environnement. — Octroi d'un subside

Par arrêté ministériel du 7 juin 1993, un subside de cent mille francs (100 000), à imputer à charge du crédit inscrit à l'article 57.17.12.01 du budget du Ministère de la Santé publique et de l'Environnement, année budgétaire 1993, est octroyé au Centre Indigo — Centre des Jeunes de La Louvière, rue de Bouvy 11, à 7100 La Louvière, à titre d'intervention de l'Etat dans la réalisation du projet « Mon Ecole à l'heure de l'Environnement ».

MINISTERIE VAN VOLKSGEZONDHEID
EN LEEFMILIEU

Leefmilieu. — Toekening van een subsidie

Bij ministerieel besluit van 7 juni 1993 wordt een subsidie van honderdduizend frank (100 000), aan te rekenen ten laste van het krediet ingeschreven op artikel 57.17.12.01 van de begroting van het Ministerie van Volksgezondheid en Leefmilieu, begrotingsjaar 1993, toegekend aan het « Centre Indigo — Centre des Jeunes de La Louvière », rue de Bouvy 11, te 7100 La Louvière, als tegemoetkoming van de Staat in de verwezenlijking van het project « Mon Ecole à l'heure de l'Environnement ».

MINISTERE DE LA DEFENSE NATIONALE

Aumônerie. — Démission honorable

Par arrêté royal n° 28578 du 28 juin 1993, la démission honorable de ses fonctions est accordée à M. Schuurmans Wilhelmus, aumônier principal du culte catholique, avec faculté de faire valoir ses droits à une pension de retraite à partir du 1er avril 1994. Il est autorisé à porter le titre honorifique de sa fonction.

MINISTERIE VAN LANDSVERDEDIGING

Aalmoezeniersdienst. — Eervol ontslag

Bij koninklijk besluit nr. 28578 van 28 juni 1993, wordt aan de heer Wilhelmus Schuurmans, hoofdaalmoezenier van de katholieke eredienst, eervol ontslag uit zijn ambt verleend, met aanspraak op een pensioen van 1 april 1994 af. Hij wordt gemachtigd de titel van zijn ambt eershelve te voeren.

MINISTERE DE L'AGRICULTURE

Personnel. — Mise à la retraite

Par arrêté royal du 8 juillet 1993, démission honorable de ses fonctions de directeur de station (degré II), est accordée, à partir du 1er février 1994, à M. Van Laere, Octaaf J., qui est admis à faire valoir ses droits à la pension de retraite.

Par le même arrêté, l'intéressé est autorisé à porter le titre honorifique de ses fonctions et à en porter l'uniforme.

MINISTERIE VAN LANDBOUW

Personeel. — Pensionering

Bij koninklijk besluit van 8 juli 1993 wordt, met ingang van 1 februari 1994, eervol ontslag uit zijn functies van directeur van het station (trap II) verleend aan de heer Van Laere, Octaaf J., die aanspraak heeft op een rustpensioen.

Bij hetzelfde besluit wordt de betrokkene ertoe gemachtigd de eretitel van zijn ambt te voeren en de ambtskleding te dragen.

Personnel. — Nominations à titre définitif

Par arrêtés royaux du 9 juillet 1993, MM. Holmstock, Koenraad, et Jaspers, Koenraad, ingénieurs agronomes stagiaires, sont nommés à titre définitif aux services centraux du Ministère de l'Agriculture, en qualité d'ingénieur agronome, à partir du 1er juin 1993, dans le cadre linguistique néerlandais.

Personeel. — Benoemingen in vast verband

Bij koninklijke besluiten van 9 juli 1993 worden de heren Holmstock, Koenraad, en Jaspers, Koenraad, stagedoende landbouwkundige ingenieurs, met ingang van 1 juni 1993, in vast verband benoemd tot landbouwkundig ingenieur in het Nederlands taalkader bij de centrale diensten van het Ministerie van Landbouw.